MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 05/0166
10 - Hauptamt			Datum: 12.05.2005
Bearb.	: Frau Petersen-Sielaf, Manuela Frau Kalz, Elke	Tel.: 304 Tel.: 327	öffentlich
Az.	:		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Hauptausschuss

06.06.2005

Große kreisangehörige Stadt: Trägerschaft des Jugendaufbauwerkes

Sachverhalt

Im Rahmen der Projektbearbeitung wurde die Aufgabe „Übernahme des Jugendaufbauwerkes“ durch Herrn Erster Stadtrat Freter und Herrn Bostelmann überprüft. Im Ergebnis soll eine Übernahme der Aufgabe durch die Stadt Norderstedt nicht erfolgen.

Zum Sachverhalt erhält der Hauptausschuss nachfolgend den Gesprächsvermerk vom 13.04.05.

Gesprächsvermerk

Teilnehmer:

Herr Erster Stadtrat Dr. Freter, Herr Stankat (Kreis Segeberg), Herr Legatzki (JAW), Herr Bostelmann.

Auf Wunsch von Herrn Dr. Freter stellte Herr Stankat zunächst die finanzielle Situation des JAW dar. Demzufolge waren die Betriebskosten (nicht die kalkulatorischen Kosten/Verwaltungsgemeinkosten) in den vergangenen Jahren in der Regel durch Einnahmen aus Projekten des JAW gedeckt. In jüngster Zeit hat sich jedoch eine Erschwerung bei der Vergabepraxis von Bundesagentur für Arbeit und Leistungszentren ergeben, sodass es für das JAW in der gegenwärtigen Form zunehmend schwierig wird, Aufträge in größerem Umfang zu aquirieren. Aus diesem Grunde wird es Herrn Stankat zur Folge ein Jugendaufbauwerk in öffentlicher Trägerschaft in drei Jahren auch nicht mehr geben, sondern ein in eine privatrechtliche Rechtsform überführte Einrichtung. Laut Herrn Legatzki könnte es z. B. eine Variante sein, die Liegenschaften/Immobilien des JAW beim Kreis zu belassen und für den Betrieb der Maßnahmen eine privatrechtliche Organisationsform zu finden. Nach Aussagen der Kreisvertreter wäre eine Kopplung der gegenwärtigen Übergangssitu-

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------

ation beim JAW mit der Übergangssituation hin zur Stadtverwaltung Norderstedt eine doppelte Herausforderung. Besser wäre es vermutlich, zunächst den Übergangsprozess beim Kreis zu belassen und zu einem späteren Zeitpunkt die Übernahme der Trägerschaft für die dann private Rechtsform zu prüfen.

Herrn Dr. Freter zur Folge wäre eine Integration des JAW in die Stadtverwaltung insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung der Ganztagschulversuche von Interesse. Da eine solche Kooperation jedoch auch ohne Integration in die Stadtverwaltung möglich wäre und zum Anderen die beschriebenen Entwicklungsrisiken deutlich wurden, gibt es seiner Auffassung nach kein begründetes Interesse an der Übernahme der Trägerschaft mehr.

Damit kann der Prüfauftrag mit dem Ergebnis als erledigt betrachtet werden, dass eine Übernahme der Trägerschaft für das JAW seitens der Stadt Norderstedt bis auf Weiteres nicht angestrebt wird.